

## INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

### Die Streikwelle in Spanien

Die spanische Arbeiterschaft hat das gewerkschaftliche Kampfmittel des Streiks, ja sogar des „Generalstreiks“ ergriffen, weil ihr im Lauf der letzten beiden Jahre klargeworden ist, daß sich die Sozialpolitik *Francos* und seiner Syndikate gerade im Zuge der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der durch sie bedingten ungleichmäßigen Ankurbelung hoffnungslos in eine Sackgasse verrennt. Vielleicht ist es noch zu früh, die Auswirkungen dieser improvisierten und doch kraftvollen Demonstrationen auf die spanische Politik und auf die gewerkschaftlich interessierte Weltöffentlichkeit zu ermesen, aber eines läßt sich bereits erkennen: Die Gegenmaßnahmen, zu denen der Caudillo und seine Berater gegriffen haben, besonders der Führungswechsel in der Falange, haben nur geringe Aussicht, dem Übel beizukommen. Die westliche Welt ist auf dem Wege, gewerkschafts- und sozialpolitisch eine Einheit zu werden. Die Initiatoren der neuen spanisch-amerikanischen Zusammenarbeit werden auf die Dauer an dieser Tatsache nicht vorbeikommen.

Das Steigen der Lebenshaltungskosten, die wachsende Not der Industrie- und Landarbeiterschaft und die Unruhe in ihren Reihen hatten einen im Sommer 1955 in Madrid tagenden, also offiziell gebilligten Syndikalistenkongreß, bewogen, eine Entschließung anzunehmen, in der eine allgemeine 30prozentige Lohnerhöhung gefordert wird. Dies Verlangen wurde nicht verwirklicht. Stattdessen brachte der vergangene harte Winter, in dessen Verlauf der spanischen Landwirtschaft neue, unvorhergesehene Verluste durch das Erfrieren von Citrusfrüchten im Wert von etwa 100 Millionen Dollar entstanden, der Volkswirtschaft einen empfindlichen Rückschlag. Als schließlich am 1. April dieses Jahres eine durchgängige 20prozentige Lohnerhöhung verfügt wurde, trug diese verspätete und unzureichende Maßnahme keineswegs dazu bei, die Irritation der Massen zu mindern. Erst jetzt wurde ihnen klar, daß diese Erhöhung auf der Basis des in den meisten Wirtschaftszweigen sehr niedrigen Grundlohnes errechnet wird. Dieser macht im allgemeinen nur die Hälfte des bescheidenen Einkommens einer Arbeiterfamilie aus, während der Rest durch ein kompliziertes System von Familienzulagen und Sondervergütungen errechnet wird. Enttäuschung und Mißtrauen werden besonders verständlich, wenn man bedenkt, daß in Spanien die letzte allgemeine Lohnerhöhung vor zwei Jahren erfolgt ist. Seitdem haben sich die Lebenshaltungskosten nach dem offiziellen Index um 8 vH, tatsächlich aber nach sehr sorgfältigen Untersuchungen um 12

bis 17 vH erhöht. Das bescheidene „spanische Wirtschaftswunder“, das die Dollarhilfe der letzten Jahre an gewissen Schwerpunkten des industriellen Aufbaus hervorgebracht hat, wirkt sich für die große Mehrheit der Arbeiterschaft und der Verbraucher vorerst nur negativ aus. Diese Erkenntnis, und dazu die wachsende Entrüstung über die allenthalben waltende Korruption hat den Topf zum Überkochen gebracht.

Wer waren die Träger des Streiks? Da in Spanien jede Streikagitation „illegal“ ist und die Syndikate über keine Streikkassen verfügen, sind die Familien wirtschaftlich und psychologisch die eigentlichen Träger dieser verzweifelten Maßnahmen gewesen. Die karitativ von der überaus mächtigen „Katholischen Aktion“ betreute spanische Familie ist schon seit Jahren eine Notgemeinschaft, die sich über Löhne und Preise, über die staatlich dirigierte Wirtschaft, über die Korruption und über die amerikanischen Hilfsaktionen ihre eigenen Gedanken macht. Es muß gerade jetzt, wo die offizielle Propaganda *Francos* sich auf die Behauptung versteift, daß in erster Linie „kommunistische Wühlarbeit“ die Streikunruhen veranlaßt, daran erinnert werden, daß im Gegenteil die Gemeinschaftsbildung derer, die von den Provinzialvereinigungen der „Katholischen Aktion“ in Armenlisten, den „*fichero de pobres*“ zusammengefaßt sind, die Stimmung der Massen prägt.

*Franco* hat es also mit der „Familie als Streikkasse“ und mit der „Familie als politischer Zelle“ zu tun. Dies auszusprechen bedeutet im Sinne der Fanatiker des Restaurationskurses eine Ketzerei. Das sollte aber niemanden stören, der die eigentlichen Gründe für die letzte Entwicklungsphase im Rivalitätsverhältnis zwischen der „Katholischen Aktion“ und der Falange zu erfahren sucht. Die Sozialpolitik des von der Katholischen Aktion unter Mitwirkung von mehr als 400 Ortsausschüssen, die unter kirchlicher Mitwirkung arbeiten, betriebenen Hilfswerks gilt als gescheitert. Daran sind nicht etwaige Mängel seiner Effektivität schuld, denn es besteht im Gegenteil Übereinstimmung, daß diese Organisation ihren beträchtlichen Einfluß überall im Land dazu benutzt hat, um bedeutende Hilfgelder bei Grundbesitzern und Unternehmern in der Form von Spenden zu sammeln und daß sie diese dann auf korruptionsfreiem Wege verteilt. Vielmehr wirkt sich aus, daß die Caritas weder die Inflationstendenzen aufhalten, noch auch nur einen Preisstop in den wichtigsten Lebensmitteln und Massenbedarfsgütern herbeiführen konnte. Ihre wirtschaftspolitische Ohnmacht und Nichtzuständigkeit hat das franquistische Regime dazu gebracht, sich in letzter Stunde wieder mehr auf seinen „Gewerkschaftersatz“, auf Syndikate und Falange zu stützen.

Seit den Kabinettsitzungen vom Herbst 1955, die bereits im Zeichen der rasch wachsenden Ratlosigkeit standen, zeichneten sich die Umrisse dieses „neuen Kurses“ ab. Der innere

Kreis um den Diktator hat schließlich die Ernennung des Falangistenführers *Giron* zum Arbeitsminister durchgesetzt. Neben ihm soll der ehemalige Generalsekretär der Falange, *Arrese*, an der Eindämmung der allgemeinen Vertrauenskrise arbeiten. *Giron* ist einer der Mitbegründer der falangistischen Syndikate, die nach dem Bürgerkrieg an die Stelle der spanischen Gewerkschaften traten. An seinen Namen knüpfen sich die bekanntesten Versuche, eine franquistische „Sozialgesetzgebung“ einzuführen, die der *Caudillo* gegen den Widerstand großer Teile seiner Generalität und des spanischen Episkopats zögernd und halbherzig einleitete. *Giron* war es, der seinerzeit ein Gesetz herausbrachte, nach dem es keinem Unternehmer erlaubt sein sollte, ein Gebäude zu errichten, ohne gleichzeitig ein Arbeiterwohnhaus zu bauen. Er hat jene Sozialversicherungsmaßnahmen ausgearbeitet, für die einmal unter dem Schlagwort: „Von der Wiege bis zum Grabe“ offiziell Propaganda gemacht wurde. *Giron* wurde gestürzt, als nach dem Weltkrieg die „Katholische Aktion“, die mit ihren 400 000 Mitgliedern die einzige Organisation ist, die sich neben der Falange um die Gunst der Massen bewerben darf, entschloß, selber die Zügel der Sozialpolitik zu ergreifen und sie in ein rein karitatives, von aller Wirtschafts- und Konjunkturpolitik freies Fahrwasser zu lenken. Damals wurde durch die Geistlichkeit der erst 45jährige *Artajo* zum Außenminister gemacht, der sich in der spanischen Innenpolitik seine Sporen verdient hatte, als Vermittler zwischen Franco und dem Primas. *Arrese* verlor seinen Generalsekretärposten, den er von 1941 bis 1945 innegehabt hatte. Es sind also alte Kräfte, die nunmehr in den Vordergrund der spanischen Sozialpolitik zurückkehren. Von „bewährten Kräften“ läßt sich freilich nicht sprechen, denn ihre seinerzeitigen Pläne wurden schon vor der Ausführung durch den großen Erdbeben zugunsten der *Artajo*-Gruppe, zu der auch *Tomas Cerro Corrachano* als Generaldirektor für Presse und Propaganda gehörte, sowie der gleichfalls der „Katholischen Aktion“ zugehörige Minister *Ortiz Munos*, in der Verwirklichung gehindert. Es ist wahrlich kein leichtes Unterfangen, zu dieser Stunde als falangistischer „Gewerkschaftsersatz“ aufzutreten. *Arrese* hat Anfang Mai die Vorbereitung eines Gesetzes angekündigt, daß der Arbeitnehmerschaft eine Gewinnbeteiligung wie auch Einflüsse auf die Gestaltung und die Leitung der Betriebe sichern soll. Das ist ein alter falangistischer Plan. Er kann sich dabei auf eine Erklärung stützen, die Franco unlängst vor der Falange in Andalusien abgegeben hat, allerdings wird er auch mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß der Staatschef seinen Experimenten ebenso flink wieder den Rücken kehrt, wie schon einmal vor einem Jahrzehnt. Überdies beweist der Fortgang der „Bummelstreiks“ bei den nordspanischen Metallarbeitern in Bilbao, dem Zentrum der spanischen Schwerindustrie, daß es nicht die höchst fragwürdige

Gewinnbeteiligung ist, mit der man der weit verbreiteten Unzufriedenheit und faktischen Notlage beikommen kann, sondern der von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten des unglücklichen Landes dringend geforderte rigorose Preisstop nebst einem energischen Durchgreifen gegenüber der die großen Einkommen bevorzugenden Steuerpolitik. Will die Falange schon zum Unterschied von den karitativen Organisationen Konjunktur- und Sozialpolitik treiben, dann kommt sie um diese Kernpunkte auf die Dauer nicht herum.

Sind *Giron* und *Arrese* in der Lage, sich außer auf den wankelmütigen Franco auch auf die Initiatoren der amerikanischen Wirtschaftshilfe zu stützen? Es sind gerade die Schwerpunktbetriebe des von Amerika gestützten Wirtschaftsprogramms, wie die Stahlwerke von *Altos Hornos*, die Werften und das Elektrizitätswerk „*Electrica Española*“, die von Unruhe ergriffen worden sind. Ohne Zweifel wird die amerikanische Wirtschaftskommission, deren Eintreffen mit großer Spannung in Madrid erwartet wird, dieser Tatsache eingedenk sein.

Freilich steht diese Kommission, deren Entsendung bei dem Besuch von Außenminister *Artajo* in Washington Mitte April dieses Jahres vereinbart wurde, was Spaniens dringend nötige Sozialreform anbetrifft, unter keinem günstigen Stern. Die neuen Kredite, die sie bringen soll, gelten einem Francospanien, das der amerikanische Außenminister *Dulles* in völliger Verkennung des Debakels der bisherigen Sozialpolitik „ein Land von großen Grundsätzen“ genannt hat. *Dulles* fügte sogar hinzu — es war anlässlich eines Empfangs in der spanischen Botschaft in Washington —, diese „Grundsätze“ des Francoregimes hätten sich als eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Weltkommunismus erwiesen. In der für Diktaturen üblichen Riesenaufmachung brachten die franquistischen Zeitungen seine lobenden Worte für den angeblichen „ideologischen Beitrag Spaniens zur Allianz der freien Welt“.

Diese angesichts der wirklichen Situation beinahe provozierenden Formulierungen gehen an der Tatsache vorbei, daß die Streiks gerade in den konservativsten, für kommunistische oder rotspanische Agitatoren am wenigsten anfälligen Gegenden geführt worden sind. In Pamplona, der Hauptstadt von Navarra, mitten im konservativsten Spanien, brach der „Generalstreik“ aus. Die herrischen Manifeste, die der Gouverneur von Navarra bis in die letzten Wochen hinein an die Arbeitgeber herausbrachte, denen er unter Androhung von Geld- und Haftstrafen verbot, Wochenlöhne an die Streikenden und ihre Familien auszubezahlen, weil die Regierung sie fristlos entlassen habe, zeigen, wie tief die Kluft zwischen dem Francoregime und jener Bevölkerung geworden ist, die von 1936 bis 1938 die fanatischsten Anhänger des Francoputsches gestellt haben. Man muß schon sehr viele Dollars haben, um mit souveräner Verachtung à la *Dulles* über diese

Groteske eines Konflikts zwischen Franco und dem „Weltkommunismus von Navarra“ hinwegzusehen.

Das dürfte nach Auffassung des amerikanischen Gewerkschaftsführers *George Meany* überhaupt ein sinnloses Unterfangen sein. Meany hat im Namen der vereinigten amerikanischen Gewerkschaften an dem Washingtoner Empfang „des Außenministers der Francodiktatur im gleichen Augenblick, wo Tausende von Arbeitern mit ihrem Streik gegen die spanischen Hungerlöhne ihr Leben riskieren“, schneidende Kritik geübt. Das ist auch die Meinung des „Internationalen Bundes freier Gewerkschaften“. In seinen Veröffentlichungen wird daran erinnert, daß er stets an seiner „unerbittlichen Opposition gegen das Francoregime festgehalten hat“. „Das Elend, welches das Los der spanischen Arbeiterschaft kennzeichnet“, heißt es an einer Stelle, „wurde vom IBFG immer wieder aufgezeigt. Es hat sich nicht wesentlich durch die Wirtschaftshilfe der Regierung der Vereinigten Staaten an Spanien gemildert.“

Der Vorstand der europäischen Regionalorganisation (ERO) in Brüssel faßte eine Resolution, in der Einspruch erhoben wird gegen „die zähen Bemühungen westeuropäischer Regierungen für die Zulassung Franco-Spaniens zu verschiedenen interstaatlichen Gremien“, und die Landeszentralen beauftragt werden, erneut

bei ihren Regierungen zu protestieren. Die freie Gewerkschaftsinternationale beharrt angesichts des neu-falangistischen Kurses auf dem Grundsatz, daß die westliche Welt in ihrer Gewerkschafts- und Sozialpolitik mehr und mehr eine Einheit bildet und daß es keinem in ihr Bündnissystem und ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit einbezogenen Staat auf die Dauer gestattet sein sollte, sich unter Berufung auf seine vorgeblichen Verdienste gegen den „Weltkommunismus“ von der Pflicht der Gewährung gewerkschaftlicher Freiheitsrechte zu dispensieren.

Es ist ausgeschlossen, daß sich Amerika oder Westeuropa dem falangistisch-syndikalistischen System gleichschalten. Es ist aber angesichts der Not der spanischen Arbeiter auch höchst unwahrscheinlich, daß sich zwischen ihnen eine Art von „friedlicher Koexistenz“ anbahnt. Sie schwebte Arbeitsminister Giron anscheinend vor, als er am 1. Mai, anlässlich der erstmaligen Feier dieses Tages der Arbeit, die sich das Francoregime geleistet hat, in seinem Dekret erklärte, dies werde nun für immer ein frankquistischer gesetzlicher Feiertag werden, „als Ausdruck unserer Solidarität mit dem Weltproletariat“. Eine derartige Solidarität bedingt den Wiederaufbau der Gewerkschaftsdemokratie, auch in Spanien.

*Hans Drugis*